

Rupprecht, Katrin: *Der deutsch-isländische Fischereizonenstreit 1972–1976. Krisenfall für die NATO? Anhand der Akten des Auswärtigen Amtes*. Frankfurt am Main: Peter Lang/Frankfurt am Main 2011. ISBN: 978-3-631-62042-7; 330 S.

Rezensiert von: Thomas Jäger, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Universität zu Köln

Auf der Weltkarte deutscher Außenpolitik sticht Island nicht hervor. Zwar gibt es internationale Ereignisse größter Bedeutung, die mit dem Namen Reykjavik verbunden sind, doch für die operative deutsche Außenpolitik spielte Island zuletzt eine halbprominente Rolle, als isländische Banken unter Druck gerieten und damit auch diejenigen deutschen Bürger erschrocken um sich blickten, denen hohe Prozentzahlen an Zinsenversprechen einträglich schienen – freilich nicht auf eigenes Risiko. Selbst sollte nur der Profit sein.

Zu diesem freundlichen Desinteresse, das Island in Deutschland gewöhnlich genießt, passt so gar nicht, was sich Anfang April 1973 ereignete. Katrin Rupprecht beschreibt es so: „Es kam zu schweren Angriffen: Am 7./8. April kappte die isländische Küstenwache die Kurrleinen bei insgesamt drei deutschen Schiffen. Daraufhin forderten die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der Verband der deutschen Hochseefischerei ein Anlande- verbot für isländischen Fisch in den deutschen Häfen.“ (S. 157) Damit war eine weitere, nunmehr ziemlich hohe Eskalationsstufe des Fischereizonenstreits, der auch als Kabeljau-Krieg bezeichnet wurde, erreicht. Bundeskanzler Willy Brandt wendete einen Importstopp noch ab; später kam es jedoch sogar zu diesen scharfen wirtschaftlichen Maßnahmen. Die Eskalationen gingen aber noch weiter: Am 28. Juni 1973 setzte die isländische Küstenwache erstmals Schusswaffen gegen ein deutsches Fischerboot ein (S. 183), im weiteren Verlauf häuften sich derartige Vorfälle. Im November 1974 – verschiedene diplomatische Bemühungen waren nicht erfolgreich gewesen – wurde sodann der schwerste Zwischenfall gemeldet: Die isländische Küstenwache hatte ein deutsches Fischerboot be-

schossen, in den Hafen geschleppt, und die Regierung bestätigte, den Kapitän vor Gericht stellen zu wollen (S. 216).

Den Hintergrund dieser Konflikte leuchtet Katrin Rupprecht in ihrer im Jahr 2010 an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn angenommenen Dissertation kenntnisreich, umfassend, detailliert und mit einem klugen Urteilsvermögen aus. Im Kern geht es darum, dass Island zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Grundlagen auf Kosten anderer Fischer seine Fischereizone 1972 durch Parlamentsbeschluss von 12 auf 50 Seemeilen erweiterte und 1975 drohte, diese auf 200 Seemeilen auszuweiten. Es war ein Nullsummenspiel: Was der eine gewann (Island) mussten andere hergeben (Deutschland und Großbritannien).

Die Autorin entfaltet in ihrer Einleitung verschiedene aufeinander aufbauende und miteinander verschränkte Fragebündel, denen sie im Anschluss anhand der nunmehr freigegebenen Akten des Auswärtigen Amtes nachgeht. Beide Länder, die Bundesrepublik und Island, waren Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses, das sich in einer schwierigen Transformationsphase des Ost-West-Konflikts zur Entspannungspolitik befand. Die Sowjetunion rüstete parallel und gar nicht im Widerspruch zur Entspannung insbesondere im Norden auf, wohl wissend, welche geostrategische Bedeutung Island selbst und der Region zukam. Während in Deutschland die ersten sozialliberalen Koalitionen unter den Bundeskanzlern Brandt und Helmut Schmidt mit dem Konflikt beschäftigt waren, regierte in Island die kommunistische Partei mit. Schließlich standen wichtige wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Island lebte vom Fischfang und wollte auch gegen internationales Recht seinen Wohlstand verteidigen. In Deutschland strebte eine moderne Flotte, inzwischen staatlich subventioniert zur direkten Verarbeitung des Fangs bis zur Gefrierung ausgestattet, nach rentablen Fischgründen. Schließlich durchzog den Konflikt die Beharrlichkeit des kleinen Staates gegenüber einem eigentlich mächtigeren Staat, der aber ohne Gesichtverlust und angesichts der vielfachen wirtschaftlichen und insbesondere sicherheitspolitischen Interdependenzen sein Übergewicht nicht zur Geltung bringen konnte. Denn ein Austritt Islands aus der NATO

oder auch nur eine Gefährdung des US-amerikanischen Stützpunktes Keflavik wäre aus deutscher Sicht ein diplomatisches Fiasko gewesen. Um den Stützpunkt kam es 1974 dann wirklich zu harten Verhandlungen (S. 210ff.), allerdings nicht wegen des Fischereizonenstreits, sondern auf Grund einer desolaten Lage der isländischen Staatsfinanzen und der damit zusammenhängenden Verwerfungen.

Was diese Dissertation so spannend macht, ist, dass sie die komplexe Geschichte minutiös nachzeichnet. Denn zu den genannten Faktoren kommt noch hinzu, dass ein paralleler Konflikt zwischen Island und Großbritannien aus gleichem Grund, aber mit ganz anderem Verlauf eskalierte. Mehrfach kreuzte, so als seien die Zeiten des Empire noch lebendig, die britische Marine auf. Obwohl sich die deutsche und die britische Regierung absprachen, verhandelten sie doch – aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen – auf getrennten Wegen. Großbritannien wurde in seinem Konflikt mit Island sogar in der NATO bedrängt, deren Mitgliedstaaten sich auf die Seite Islands stellten, weil „Islands Verbleiben im Bündnis von weitaus größerem Gewicht sei ‚als der Gewinn oder Verlust von einigen Tonnen Fisch‘“ (S. 275). „Island“, so folgert Katrin Rupprecht in ihrer Schlussbetrachtung, „[...] konnte seine Position im Fischereizonenstreit nur aufgrund der Bedeutung für die NATO durchsetzen“ (S. 297). Am Ende wurde internationales Recht, was als Rechtsbruch begann.

Katrin Rupprecht hat eine ganz vorzügliche Studie geschrieben, die nicht nur historisch substantiiert einen wichtigen Vorgang der 1970er-Jahre aufarbeitet, sondern auch einen reichhaltigen Fundus für politikwissenschaftliche Analysen bietet. Denn sie legt die Kommunikation des Auswärtigen Amtes dar, beleuchtet die vorherrschenden Wahrnehmungsmuster, zitiert ausführlich aus den sehr luziden Drahtberichten und versteht es, das Vorgehen der deutschen Außenpolitik sowohl auf die innenpolitische Auseinandersetzung im Kabinett und mit den Bundesländern als auch auf die internationalen Vorgänge zu beziehen. Weniger nachzuvollziehen ist, warum sie zeitgeschichtliche Ereignisse, beispielsweise isländische Wahlergeb-

nisse, durch die Drahtberichte belegt. Solche Ereignisse hätte sie durch andere Quellen nachweisen und damit die Wahrnehmung durch die diplomatischen Vertreter Deutschlands noch deutlicher als eigene Ebene der Darstellung abgrenzen können.

Dass die Autorin zu Beginn und am Ende ihrer Studie Henry Kissinger zitiert, ist vermutlich kein Zufall. Denn Kissinger, der von seiner Dissertation (über Metternich) bis zu seinem bisher letzten Werk (über China) stets auch geschichtswissenschaftlich gearbeitet hat¹, ist sowohl in der Geschichts- als auch in der Politikwissenschaft zu Hause. Ebenso gelingt es Katrin Rupprecht überzeugend, beide Blickwinkel einzunehmen. Sie erinnert damit implizit dran, dass der Austausch zwischen der Geschichts- und der Politikwissenschaft in theoretischer und methodischer Hinsicht viel intensiver sein müsste, als es derzeit festzustellen ist. Denn die für Politikwissenschaftler gängigen Analysekonzepte lassen den großen Ertrag der Fallstudie über den konkreten Fall hinaus sofort erkennen. Daran wird die Produktivität der unterschiedlichen Blickwinkel besonders deutlich.

Katrin Rupprechts Fallstudie besticht nicht nur durch ausgezeichnete Kenntnis des Materials, ihre Ausführungen zu den unterschiedlichen Entwicklungen bereiten auch Lesefreude. Sie fördert damit das Verständnis deutscher Außenpolitik während des Ost-West-Konflikts und weist zugleich indirekt auf die enormen Entwicklungen hin, die das Verhältnis der europäischen Staaten zueinander in den letzten Jahrzehnten gemacht hat.

HistLit 2012-3-141 / Thomas Jäger über Rupprecht, Katrin: *Der deutsch-isländische Fischereizonenstreit 1972–1976. Krisenfall für die NATO? Anhand der Akten des Auswärtigen Amtes*. Frankfurt am Main 2011, in: H-Soz-Kult 10.09.2012.

¹ Henry Kissinger, *Peace, Legitimacy, and the Equilibrium. A Study of the Statesmanship of Castlereagh and Metternich*, Cambridge (Massachusetts) 1954; ders., *On China*, New York 2011.